

1035/J XXI.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Petrovic, Lunacek, Freundinnen und Freunde

an den Bundeskanzler

betreffend geschlechtergerechte staatliche Kostenrechnung

Die zahlreichen schwerwiegenden Verletzungen der Straßenverkehrs vorschriften im heurigen Osterverkehr, die in der Folge auch zu schweren Unfällen mit Personenschaden und auch Toten führten, wurden Medienberichten zufolge zu über 80% von Männern begangen. Untersuchungen bestätigen, dass Unfälle im Straßenverkehr als Folge rücksichtsloser und riskanter Fahrmanöver ganz überwiegend von Männern verursacht werden. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit hat etwa festgestellt, dass 85% aller Geisterfahrer männlichen Geschlechts sind. Abgesehen vom menschlichen Leid entstehen durch die verursachten Unfälle viele Milliarden an Folgekosten - bedingt durch den Ausfall volkswirtschaftlicher Beiträge, durch Exekutivkosten, Spitalskosten, Versicherungskosten und immer höhere Aufwendungen zur Hebung des Sicherheitsstandards im Straßenverkehr.

Auch im Bereich des Strafrechtes wird ein Großteil der anfallenden Kosten (Verfahren, Justizanstalten, Resozialisation, etc) von Männern verursacht. Dies deshalb, weil die Täter strafrechtlicher Delikte, insbesondere von „Delikten gegen Leib und Leben“ ganz überwiegend Männer sind. Diese greifen aufgrund der geschlechtsspezifischen Sozialisation weitaus häufiger als Frauen zu körperlicher Gewalt als Mittel einer (scheinbaren) Konfliktlösung. Die Zahl der Beispiele der höheren volkswirtschaftlichen Kostenverursachung durch Männer ließe sich fortsetzen.

Zur - durch Männer verursachten - höheren Belastung öffentlicher Kassen kommen geschlechtsspezifische Ungerechtigkeiten im Bereich öffentlicher Leistungen, Förderungen und Subventionen hinzu. Öffentliche Förderungen (etwa in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst - und Kultur, Sport, etc.) gehen überwiegend an Männer.

Gleichzeitig haben Frauen auf Grund vielfältiger Ursachen (ungleiche Verteilung von Familien - und Hausarbeit, Diskriminierungen im Erwerbsleben, etc) viel schlechtere Chancen, gleich hohe Versicherungsleistungen, etwa im Alter oder bei Arbeitslosigkeit, zu erhalten. Überdies leisten Frauen einen riesigen Beitrag zur Volkswirtschaft, indem sie unbezahlt Tätigkeiten ausführen, wie etwa Hausarbeit, Kinderbetreuung, Altenpflege, ehrenamtliche Tätigkeiten, etc. Diese Beiträge werden in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung quasi vorausgesetzt

Fazit: Männer verursachen der öffentlichen Hand weiter höhere Kosten als Frauen. Anstatt aber sukzessive eine geschlechtergerechte Kostentragung herbeizuführen, „belohnt“ der Staat diejenigen, die die höheren Kosten verursachen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Sind Ihnen die oben genannten Tatsachen der geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Kostenverursachung für die Volkswirtschaft bekannt?
2. Wird die genannte geschlechtsspezifische Kostenverursachung in der Politik Ihrer Regierung in irgendeiner Weise berücksichtigt?
Wenn ja: In welcher Form?
Wenn nein: Wieso nicht?
3. Werden Sie als das für die Koordination der Regierungspolitik zuständige Regierungsmitglied dafür Sorge tragen, dass eine geschlechtsspezifische Kostenrechnung in allen Ressorts eingeführt wird?
Wenn nein: Wieso halten Sie eine solche nicht für notwendig?
4. Werden Sie sich im Rahmen der Bundesregierung dafür einsetzen, dass Gebühren und Abgaben Soweit wie möglich verursachungsgerecht festgelegt werden, etwa durch einen höheren Vignettenpreis für Fahrzeuge von männlichen Haltern?
Wenn nein, welche Gründe sprechen Ihrer Ansicht nach gegen eine solche Kostentragung?
5. Werden Sie dafür Sorge tragen, dass bei der Gewährung von Förderungen, Subventionen und öffentlichen Leistungen die geringere volkswirtschaftliche Kostenverursachung von Frauen durch höhere staatliche Unterstützungen belohnt wird?
6. Da ja „Gender - Mainstreaming“ von Ihrer Regierung als wichtig erachtet wird: Welche Maßnahmen gedenken Sie zu setzen, um die genannten geschlechtsspezifischen Ungerechtigkeiten - einerseits höhere Kostenverursachung durch Männer, andererseits geringere öffentliche Leistungen an Frauen sowie volkswirtschaftliche Gratisarbeit durch Frauen - auf politischer Ebene auszugleichen?